

Wiesbaden, den 06. August 2001

Otto Schily's Zuwanderungsgesetz:

**„Die Skepsis überwiegt“**

Bundesausländerbeirat lehnt Herabsenkung des Nachzugsalters strikt ab/  
Ministerium für Einwanderung und Integration gefordert

Mit erheblicher Skepsis hat der Bundesausländerbeirat auf die Vorstellung des Referentenentwurfs zur Regelung der Zuwanderung reagiert. „Bislang sind lediglich Eckpunkte des Entwurfs der Öffentlichkeit bekannt. Der Teufel steckt bei Gesetzen bekanntlich gerade im Detail. Die schon jetzt angekündigten Verschärfungen lassen daher nichts Gutes ahnen,“ sagte heute der Vorsitzende Memet Kilic in Wiesbaden.

Scharf kritisierte Kilic die Ankündigung, den Kindernachzug von 18 auf 12 Jahre absenken zu wollen: „Das ist schlichtweg familienfeindlich und ignoriert den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Familienzusammenführung, wonach das Kindernachzugsalter bei mindestens 18 Jahren liegen soll!“ Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Bundesrepublik sich vor einer Rechtsharmonisierung auf europäischer Ebene scheue und einen nationalen Alleingang starte.

Inakzeptabel sei, anerkannten Asylbewerbern künftig nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis geben zu wollen. Schon jetzt bestehe die Möglichkeit, in begründeten Einzelfällen die Anerkennung als Asylbewerber zurück zu nehmen. Kilic: „Eine Ausnahmeprüfung zur Regel zu machen, hat mit der angekündigten Verringerung des Verwaltungsaufwandes nichts zu tun und widerspricht dem Schutzgeist des Grundgesetzes für politisch Verfolgte.“

Gänzlich ungeeignet sei es, einen Perspektivenwechsel in der Einwanderungspolitik mit Hilfe des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge herbeizuführen. „Wie brauchen eine unbelastete und von ordnungspolitischen Zuständigkeiten losgelöste Institution. Ein eigenes Ministerium für Einwanderung und Integration ist die geeignete Alternative,“ betonte Kilic.

Viel zu vage blieben hingegen die positiven Ansätze des Entwurfs wie der Anspruch auf Teilnahme an Integrationskursen. Kilic: „Wir vermissen die vielen guten Vorschläge der Süsmuth-Kommission. Bleibt zu hoffen, dass bei den Zwängen zur überparteilichen Konsensbildung wir Migranten nicht wieder auf der Strecke bleiben!“

Geschäftsstelle:

c/o AGAH

Kaiser-Friedrich-Ring 31

65185 Wiesbaden

tel.: 0611/ 98 99 5-0

fax: 0611/ 98 99 5-18